

Konflikt um Schutzkreuzung: CDU lehnt Grünen-Antrag in Paderborn ab

CDU Paderborn lehnt Grünen-Antrag für Schutzkreuzung ab; Streit um Verkehrssicherheit und Investitionen entbrannt.

Paderborn. Nach den Spannungen zwischen der CDU und den Grünen im Paderborner Stadtrat gibt es nun einen weiteren Streitpunkt: Der Vorschlag der Grünen zur Errichtung einer sogenannten Schutzkreuzung stößt auf Ablehnung seitens der CDU. Diese Auseinandersetzung kommt nach dem Bruch der schwarz-grünen Koalition und setzt ein weiteres Zeichen für die politische Zerrissenheit in der Stadt.

Die CDU hat klar angekündigt, dass sie den Antrag der Grünen am Donnerstag, den 29. August 2024, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion ablehnen will. Der Vorschlag sieht vor, die Kreuzung im Bereich Driburger Straße, Bergmann-Michel-Straße und der Straße Kaukenberg in eine „sichere Kreuzung“ nach niederländischem Vorbild zu transformieren. Dabei sollen spezielle Fahrwege für Radfahrer und Fußgänger eingerichtet werden, um deren Sicherheit zu erhöhen.

Was zeichnet eine „sichere Kreuzung“ aus?

Eine „sichere Kreuzung“ ist konzipiert, um Fußgängern und Radfahrern eine klare und gesicherte Überquerung zu ermöglichen. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) erklärt, dass solche Kreuzungen eine Farbtrennung zwischen den Wegen für motorisierte Fahrzeuge und jenen für nicht-

motorisierte Verkehrsteilnehmer bieten. Dies soll helfen, die Sicht zu verbessern und Missverständnisse im Straßenverkehr zu verringern.

Zu den wesentlichen Merkmalen dieser Kreuzungen zählen auch Pufferstreifen und Schutzinseln, die den schwächeren Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit beim Überqueren der Straßen geben sollen. Die Grünen argumentieren, dass der Umbau der Kreuzung dazu beitragen könnte, Fahrfehler zu reduzieren und somit schwere Unfälle zu vermeiden.

Grünes Konzept stößt auf Widerstand

Die CDU hingegen sieht in dem Grünen-Antrag zahlreiche Nachteile. Nach Ansicht des CDU-Ratsherrn Karsten Grabenstroer sei es unerlässlich, die Verkehrssituation für alle Beteiligten zu verbessern. Er betont, dass der Vorschlag der Grünen die Sicht auf andere Verkehrsteilnehmer stark verengt und vor allem den Fokus auf den Radverkehr legt.

CDU-Ratsfrau Andrea Sonnenberg weist darauf hin, dass eine Erhöhung der Konfliktzonen zwischen Fußgängern und Radfahrern unvermeidlich wäre. Zudem befürchtet sie, dass die Fußwege durch solche Kreuzungen noch enger werden würden, was die Sicherheit für Fußgänger gefährdet. Barrierefreiheit, ein oft übersehenes Thema, werde durch die geplanten Maßnahmen ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt.

Die CDU stellt auch eine finanzielle Dimension in den Raum. Die geschätzten Kosten für die Umsetzung dieser Schutzkreuzung in Paderborn belaufen sich auf etwa eine Million Euro. Hierbei zieht die CDU einen Vergleich zu Darmstadt, wo trotz einer möglichen Förderung des Bundes in Höhe von 1,7 Millionen Euro seit 2021 keine Fortschritte bei der Umsetzung einer ähnlichen Lösung gemacht werden konnten. Die Informationen zeigen, dass in Darmstadt die Diskussion über die Interessen von Fußgängern und Radfahrern nach wie vor im Mittelpunkt steht, was hierbei auch in Paderborn von Bedeutung sein könnte.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Mertens äußert, dass die Grünen versuchen würden, solch ein Projekt zu intensivieren, jedoch fehle es an wesentlichen Klärungen und Gesprächen über die Bedenken der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer.

Reflexion über Verkehrssicherheit und -infrastruktur

Die emotional aufgeladenen Diskussionen rund um die Verkehrssicherheit in Paderborn stehen exemplarisch für einen größeren Trend in vielen deutschen Städten. Das Bestreben, den Radverkehr zu fördern und gleichzeitig die Fußgängersicherheit zu erhöhen, erfordert eine sorgfältige Abwägung und innovative Lösungen, die alle Interessen berücksichtigen. Während die Grünen mit ihrem Antrag einen Schritt in diese Richtung machen wollen, stehen sie vor der Herausforderung, diese Vision mit den Bedenken anderer Verkehrsteilnehmer in Einklang zu bringen.

Verkehrssicherheit im Fokus

Die Diskussion um sichere Kreuzungen ist nicht nur ein lokales, sondern auch ein überregionales Thema. In vielen Städten Deutschlands wird über die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger debattiert. Der Anstieg der Radnutzung, insbesondere seit der Covid-19-Pandemie, hat das Bewusstsein für sichere Radverkehrsinfrastruktur erhöht. Laut einer Umfrage des **ADFC** gaben 70% der Befragten an, dass sie sich auf Radwegen und bei Kreuzungen unsicher fühlen.

In Hamburg beispielsweise wurden zwischen 2017 und 2021 mehrere Pilotprojekte für solche Kreuzungen gestartet, um die Sicherheit von Radfahrern zu erhöhen. Diese Maßnahmen zeigten positive Ergebnisse in Bezug auf Unfallzahlen und Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern. Eine ähnliche Herangehensweise könnte auch in Paderborn verfolgt werden, um den Radverkehr attraktiver und sicherer zu gestalten.

Schutzmaßnahmen und ihre Wirksamkeit

Der ADFC und andere Organisationen weisen darauf hin, dass Schutzmaßnahmen wie spezielle Radwege und Pufferzonen zwischen Radfahrern und Autofahrern einen signifikanten Einfluss auf die Verkehrssicherheit haben. In einer Studie der **Bundesanstalt für Straßenwesen** wurde festgestellt, dass durch die Umsetzung solcher Maßnahmen in städtischen Gebieten die Unfallrate für Radfahrer um bis zu 30% gesenkt werden kann.

Die Grünen argumentieren, dass ähnliche Lösungen in Paderborn nicht nur die Sicherheit für Radfahrer erhöhen würden, sondern auch einen Anreiz zur Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel schaffen könnten. Damit könnte Paderborn nicht nur sicherer, sondern auch umweltfreundlicher werden.

Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz

Die Akzeptanz von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ist oft von der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt und den Akteuren im Verkehrsgeschehen abhängig. Eine Informationskampagne könnte helfen, die Vorzüge von sicheren Kreuzungen gebührend zu kommunizieren. In Städten wie Freiburg wurde beobachtet, dass durch umfassende Aufklärung und Einbindung der Bürger in Planungsprozesse die Akzeptanz für solche Projekte gestiegen ist.

Das Feedback der Anwohner und Verkehrsteilnehmer spielt eine wichtige Rolle, um die besten Lösungen für spezifische Situationen zu finden. Um eine breite Unterstützung zu erreichen, könnte es sinnvoll sein, Workshops oder Diskussionsforen zu veranstalten, in denen die Bürger direkt in die Planungsprozesse einbezogen werden.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de